

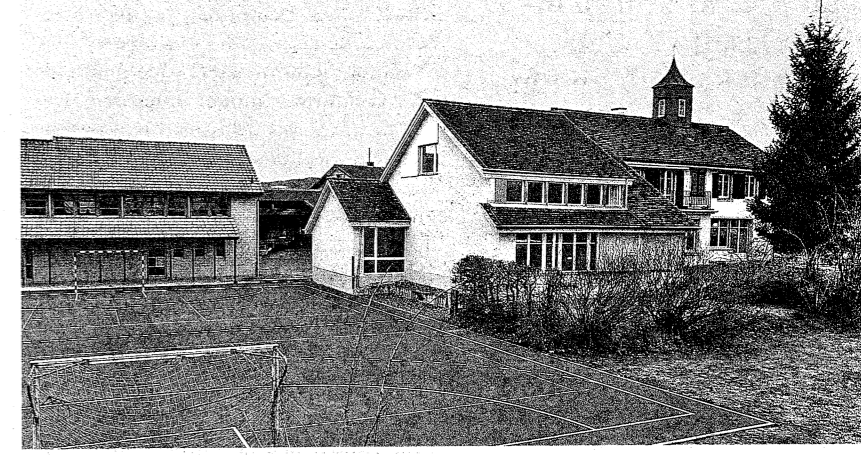
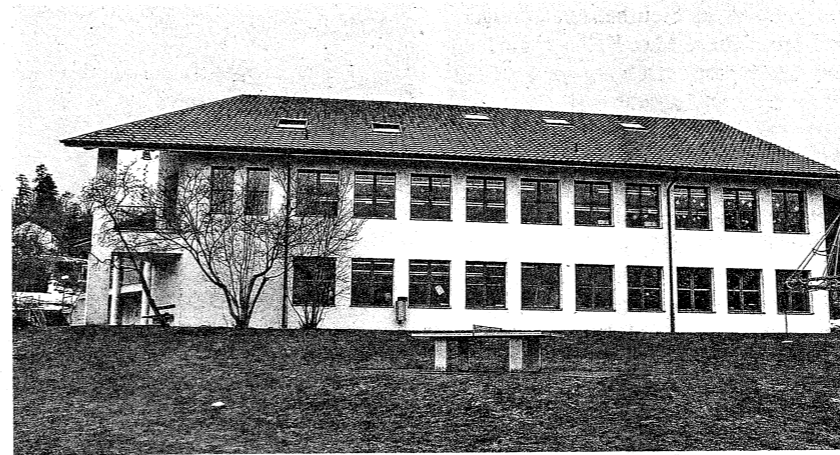
# Kein alltäglicher Weg zur Klärung der Schulstandort-Frage

Rund 100 Interessierte, wovon viele aus den hauptsächlich betroffenen Dorfteilen Häuslenen und Wittenwil, liessen sich den Strategieprozess der Schulbehörde zur Schulstandort-Frage erklären. Ein Thema mit Brisanz.

**AADORF** – «Das Schönste wäre, wenn die Schule weiterhin im Dorf bliebe», sagte eine Besucherin am Schluss des Infoabends am letzten Montag. Dieser Meinung dürften viele Wittenwiler und Häuslener auch sein, auch wenn der Rückgang der Schülerzahlen eine andere Sprache spricht. «Mein Eindruck ist, dass sich die Schulbehörde aus dem Schussfeld nimmt, am Schluss aber dann doch entscheidet und umsetzt, was sie für richtig hält», meinte Karim Trojani aus Häuslenen. So würden wohl andere auch noch denken, fügte er noch weisend hinzu. Nun aber alles der Reihe nach.

## Entscheidung im 2012

Schulpräsident Peter Zweidler bekräftigte den gefällten Entscheid, bis im Jahre 2012 an der Tandem-Lösung festzuhalten. Diese bedeutet, dass Wittenwil und Häuslenen zusammen das gesamte Angebot der Kindergarten und Primarstufe abdecken, allerdings nicht flächendeckend, sondern gemäss der verfügbaren Schülerzahl. In dieser Zeit werde zusammen mit der Politischen Gemeinde und weiteren Interessenvertretern ein Strategieprozess zur längerfristigen Entwicklung der Volksschulgemeinde und



Die Schulen Häuslenen (links) und Wittenwil im Zentrum der Meinungsbildung.

Bilder: Kurt Lichtensteiger

insbesondere der beiden Kleinschulen geführt.

## Schulbehörde nimmt sich zurück

Zweifellos habe die Schulstandort-Frage nicht nur eine politische Dimension, sondern auch finanzielle, kulturelle und pädagogische Auswirkungen. Die aussergewöhnliche Komplexität verlange deshalb nicht nur eine breite Abstützung der Bevölkerung, sondern auch eine unabhängige Stelle, die allparteilich und nicht parteiisch zur Lösungsfindung beitrage. Es gehe letztlich darum, in der ganzen Gemeinde ein qualitativ gleichwertiges Schulangebot zu gewährleisten, wobei Aufwand und Nutzen in einem vertretbaren Verhältnis stehen sollen, was auch finanziell und organisatorisch gelte, sagte Zweidler. Es sei der Behörde auch nicht leicht gefallen, den Meinungsprozess ganz aus der Hand zu geben, doch trage diese Massnahme zur Glaubwürdigkeit bei.

## Konfliktlösung durch Mediation

Silvia Wäspe und Stefan Tobler, zwei beauftragte Mediatoren aus Zug, wollen in der Lösungssuche weder als Schiedsrichter oder Berater tätig sein noch Kompromissvorschläge machen. Ihr Ziel sei es, ein schriftliches Empfehlungsprotokoll abzuliefern, das der Öffentlichkeit zugänglich ist und der Schulbehörde als Entscheidungsgrundlage dient, sagten die beiden. Die Schulbehörde liefert dazu auf Verlangen lediglich Daten und Hintergrundwissen, nimmt aber als Partei nicht am Mediations-Prozess bei. Sie ist Empfänger des Schlussberichts, entscheidet nach Diskussion der Ergebnisse über das weitere Vorgehen und setzt das sogenannte Projekt «Anker» auf das Schuljahr 2012/13 um.

## Anmeldung bis 15. März

Wer in den Meinungsprozess eingebunden ist, ist noch zu bestimmen. Wohl dazu gehören aus pädagogischen Überlegungen die beiden Schulleiter. Aufgerufen sind daneben Vertreter von Interessengruppen, sei es aus Dorfvereinen, Vereinen oder Parteien, die eine breite Akzeptanz und Vertrauen geniessen. Gesetz sei niemand. Alle fünf Ortsteile sollen vertreten sein. Diese sollen nur etwas Mut haben und sich bis zum 15. März melden (s.waespe@mediationzug.ch).

Die erste Arbeitssitzung findet am 19. April statt. Damit alle relevanten Anliegen vertreten werden und eine effiziente Arbeit möglich ist, wird ein Teilnehmerkreis von 10 bis 15 Personen als optimal betrachtet. – Die Frage nach den Kosten für die Mediation beantwortete

Peter Zweidler. 25'000 Franken seien als oberster Kostenrahmen budgetiert. Jemand wollte wissen, welche Kreise das Protokoll einsehen könnten. Dies wird an der ersten Arbeitssitzung zusammen mit den übrigen Rahmenbedingungen durch die Teilnehmenden gemeinsam festgelegt. Ein anderer Fragesteller liess sich beruhigen, dass der Kindergarten-

neubau nichts mit der Standortfrage zu tun habe. Der Ausgang der Abstimmung über die freie Schulwahl sei insofern von Bedeutung, als ein Ja die Planungsarbeit erschweren würde und sicher nicht zum Vorteil kleiner Schulstandorte gereichten, betonte Zweidler.

KURT LICHTENSTEIGER

## KOMMENTAR

### Mediation als probate Lösung

In weiten Bevölkerungskreisen kennt man die Mediation in Scheidungsverfahren. Dabei suchen die beteiligten Parteien dank einer Vermittlung nach einer einvernehmlichen Lösung. Kaum bekannt dürfte die Mediation sein, wenn es um die Frage nach dem Standort einer Schule oder gar deren Aufhebung geht. Auch die von der Aadorfer Schulbehörde beauftragte Firma hat darin nicht grosse Erfahrungen, denn erst in zwei Fällen hat sie sich damit auseinandergesetzt. Das muss kein Nachteil sein. Aus anderen Bereichen kennt sie ihre Rolle, nämlich dass sie verantwortlich für den Mediationsprozess ist. Sie unterstützt die Teilnehmer bei der Erarbeitung von Lösungsoptionen, betrachtet alle Teilnehmer als Auftraggeber, ist für alle gleichermassen da und urteilt unabhängig von dem Kostenträger. Sie handelt also nicht nach dem Motto «Wer zahlt, befiehlt». Ausserdem ist zu beachten, dass eine Mediation auf Verhandlungsbereitschaft und die freiwillige Teilnahme zählt, selbst ein Abbruch in Betracht gezogen werden kann, das Ergebnis offen bleibt und nicht von vorneherein fest

steht. Partikularinteressen der Beteiligten müssen zurückstehen, denn Lösungen sollen sich in der Gruppe im Sinne des Gesamtinteresses entwickeln. Kompromissvorschläge machen gewöhnlich nicht die Mediatoren, sondern schälen sich unter den Beteiligten heraus. Es sei ein nicht alltäglicher Weg, sagte Schulpräsident Peter Zweidler. In der Phase des Mediationsprozesses sagt die Behörde nämlich nicht, wie es läuft, ist passiv, steuert nicht und ist nicht Partei. Sowohl über die Zusammensetzung der Gruppe von erhofften rund zehn bis fünfzehn Interessenvertretern als auch auf das Ergebnis des Outsourcings darf man also gespannt sein. Die externe Firma hat den Vorteil, unbeeinflusst an die Sache heranzugehen. Sie hat allerdings auch den Nachteil, die örtlichen Verhältnisse nicht in allen Teilen zu kennen. Der Entscheid über die künftigen Standorte – und das ist schliesslich das Entscheidende – liegt bei der Schulbehörde. Wann dieser gefällt wird, dürfte weitgehend davon abhängen, wie schnell erste Ergebnisse vorliegen. Und dass der Entscheid wohl auch nicht allen gefallen mag, dürfte ebenso klar auf der Hand liegen.

KURT LICHTENSTEIGER



Peter Zweidler (links) und Vertreter einer Mediationsfirma äusserten sich zu den Strategien.